Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
3 (1889)

115 (2.10.1889)

urn:nbn:de:gbv:45:1-192301

Visual Library

Nr. 115. 3. Jahrgang. Bant-Wilhelmshaven. Mittwoch, 2. Oktober 1889.

Norddeutsches Volksblatt.

Abonnement:
bei Vorausbezahlung frei in's Haus:
vierteljährlich . . 1 Mk. 50 Pf.
für 2 Monate . 1 „ — „
für 1 Monat . — „ 50 „
excl. Postbestellgeld.

Zeitschrift für freisinnige soziale Reform, für Politik und Unterhaltung.

Expedition: Bant-Wilhelmshaven, Adolfstraße Nr. 1.

Erscheint
jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.
Inserate:
die viergespaltene Zeile 10 Pf.
bei Wiederholungen Rabatt.

Das Sozialistengesetz.

Wohl keiner Partei verursacht die Frage, was an Stelle des am Ende seiner Tage angelangten jetzigen Sozialistengesetzes treten soll, so viel Kopfzerbrechen, als den Nationalliberalen. Sie können sich nicht einig darüber werden, ob man die Sozialdemokraten „schmoren“ oder „braten“ soll.

Die „Nat.-Lib. Korr.“ bezeichnet es als allgemeinen Wunsch, „endlich einmal diese Angelegenheit durch ein dauerndes Gesetz zu regeln, anstatt sie alle zwei Jahre zum Gegenstand eines erbitterten und aufreizenden Kampfes der Parteien zu machen und beständig vor der Möglichkeit zu stehen, daß ein ungünstig zusammengesetzter Reichstag die wirksamen Mittel zur Abwehr der sozialen Revolution verweigern könnte.“ — Sie will deshalb auch die Angelegenheit noch von dem jetzigen Kartellreichstag geregelt wissen.

Die „Nat.-Ztg.“ hält die Nichtverlängerung des jetzigen Gesetzes für selbstverständlich, will aber die Frage offen lassen, ob durch Aufnahme entsprechender Bestimmungen in das gemeine Recht oder durch ein dauerndes Spezialgesetz diese Angelegenheit eine befriedigende Lösung finden soll. An der Entstehung des Sozialistengesetzes trügen die Behörden einen großen Theil der Schuld, weil sie sich bis zum Jahre 1878 die Bewegung hätten über den Kopf wachsen lassen. Jetzt sei die Aufhebung des Gesetzes geboten, nicht im Interesse der Sozialdemokratie, sondern im Interesse des Staates. Das Ausnahmegesetz müsse durch ein anderes Gesetz — immerhin ein strengeres — abgelöst werden, das sich unter den „ordentlichen Rechtsgarantien“ handhaben läßt.

Die „Magdb. Ztg.“ konstatirt einfach die Rathlosigkeit, welche innerhalb der nationalliberalen Partei bezüglich eines Ersatzes für das Sozialistengesetz herrscht, ohne irgend welche Vorschläge zu machen.

Zwischen der „Nat.-Ztg.“ und der „Kreuzztg.“ entspann sich ob dieser Rathlosigkeit ein interessanter Streit, in dessen Verlauf sich die „Nat.-Ztg.“ verleiten ließ, zu bekennen, daß sie gegen eine Verschärfung des Preßgesetzes nichts einzuwenden habe, um auch die linksfortschrittlichen Blätter in ihrer „zügellosen Sprache“ zu treffen, mit welchem frommen Wunsche sich die „Kreuzztg.“ nicht einverstanden erklärt, übrigens aber für eine Fortdauer des Sozialistengesetzes ohne Zeitbeschränkung eintritt und auch gegen eine Verschärfung dieses Gesetzes nichts einzuwenden hat, um damit auch die „zügellosen“ links-fortschrittlichen Preßorgane zu treffen. Gegen die Verschärfung des Preßgesetzes ist sie, weil die Handhabung desselben auch sie selbst, das werthgeschätzte Organ der preußischen Kreuzritterschaft, einmal in Gefahr bringen könnte.

In der reaktionären Ausbildung des Ausnahmezustandes zu einem dauernden ordentlichen Rechtszustand sind sich also die Kartellorgane einig, nur um das „Wie“ dreht sich der Streit.

In diesem Streit aber ist die „Kreuzztg.“ in der günstigsten Position. Wer, wie die Nationalliberalen, stets herumprahlt: „die nach Bildung und Besitz maßgebende Schicht des deutschen Volkes zu sein“, und wer außerdem sich stets als die „staatsmännischste“ aller Parteien aufspielt — und dabei in einer schwierigen Situation, die sie selbst geschaffen, nicht einen einzigen positiven Vorschlag zu Wege bringt, der aus derselben Befreiung verheißt, der darf sich nicht wundern, wenn er mit Spott und Hohn überschüttet wird. Und die „Kreuzztg.“ leistet sich denn auch dieses Vergnügen, die Nationalliberalen nach allen Regeln der Kunst gehörig zu zerpflücken. Die Polemik gegen die „angeblichen Mängel des Sozialistengesetzes“ seitens der Nationalliberalen sind nach ihr ein „opportunistisches Parteimanöver, das bis jetzt auch nicht einen einzigen positiven Vorschlag zur Verbesserung des Gesetzes zu Tage gefördert hat. Der Abgeordnete Kulemann, dessen Entwürfe schon vor Jahresfrist angekündigt wurden, hat bis jetzt die Ergebnisse seiner Arbeiten der Oeffentlichkeit vorenthalten; der nationalliberale Rechtsanwalt Fuld in Mainz, dessen Verbesserungsvorschläge an drakonischer Einfachheit hinter der verunglückten Novelle zum Straf- und Preßgesetz schwerlich zurückgeblieben wären, ist von der Presse seiner Partei nicht einmal der Kritik gewürdigt worden,“ also höhnt das reaktionäre Junker- und Pfaffenblatt mit Recht.

Nun, uns soll es schließlich gleichgültig sein, welche Mixtur zur Beseitigung der Sozialdemokratie und sonstiger „umstürzlerischer“ Elemente die nationalliberale Hexenküche zu Tage fördern wird. Uns genügt das Zugeständniß, daß man mit dem bestehenden Sozialistengesetz gründliches Fiasko gemacht hat und nun offen erklärt, ohne ein dauerndes — „immerhin strengeres“ — Gesetz nicht mehr auskommen zu können. Das heißt offen den Bankerott der herrschenden Richtung erklären.

Ein System, das sich nur noch durch reaktionäre Verlegenheitsexperimente stützen läßt, deckt seine eigene Ohnmacht auf.

Wahrhaft heiter aber nimmt es sich aus, daß das fromme Junkerblatt sich liberaler aufspielen kann als die nationalliberalen Organe. Wie versumpft und verkommen muß der deutsche Liberalismus sein! —

Die Nationalliberalen, die sich so viel auf die „liberalen Errungenschaften“ zu Gute thaten, sie überbieten die reaktionärsten konservativen Elemente in Vor- und Rathschlägen, wie man am besten jede freie Regung unterdrücken, jeden wahrhaft liberalen Geist knebeln könnte.

Wenn Scham- und Ehrgefühl noch zu den Charaktereigenschaften dieser Sippe gehörten, dann müßte ihnen die Schamröthe in's Gesicht steigen, wenn sie daran denken, welche harten Kämpfe die von ihnen so leichtherzig hingeopferten winzigen und spärlichen Freiheiten erfordert haben, von denen sie auch jetzt noch eine nach der anderen der Reaktion zum Opfer bringen wollen.

Es giebt keinen Liberalismus in irgend einem Lande der Welt, der mit dem deutschen in Bezug auf Gesinnungslumperei, politischer Charakterlosigkeit, Erbärmlichkeit und Feigheit konkurriren könnte.

Eine solche durch und durch korrumpirte Partei mag sich Waffen schmieden, welche sie will, um eine geistesstarke, ehrliche und charakterfeste Partei, wie die Sozialdemokratie, zu bekämpfen und zu unterdrücken. Sie wird stets das gleiche Fiasko erleben wie in dem verflossenen elfjährigen Kampfe.

Darum mag sich das reaktionäre Gelichter weiter den Kopf zerbrechen, ob die Sozialdemokraten „geschmort“ oder „gebraten“ werden sollen. Die Sozialdemokratie steht mit verschränkten Armen dä und weidet sich an der Verlegenheit und Rathlosigkeit ihrer Gegner aller Schattirungen. Mögen sie beschließen, was sie wollen, sie halten damit den Gang der Entwickelung nicht auf. Es führen verschiedene Wege nach Rom; und bieten sich auf diesem Hindernisse dar, so läßt der andere die Bahn offen und wird auch der verhauen, so findet sich ein dritter, auf dem die Armee des arbeitenden Volkes dem Ziele zumarschirt.

Die Sozialdemokratie hat gezeigt, daß es für sie keine Schranken giebt, die sie von ihrer Bahn abdrängen könnten. Ihre Anhänger haben im Feuer marschiren gelernt und sie werden den Kampf ausfechten, ob im Pulverdampf des Ausnahmegesetzes oder im Feuer des „rauchlosen Pulvers“ — des „ordentlichen“ und „gemeinen“ Rechts.

Politische Rundschau.

Bant, den 1. Oktober.

Berlin. Daß die Reichstagssession schon zu Weichnachten zu Ende sein soll, scheint den Nationalliberalen nicht zu passen. Die „National Ztg.“ erklärt den von uns neulich erwähnten Artikel nicht für offiziös, obgleich er als solcher überall in der Presse bezeichnet wird. Die Ansicht, daß der Reichstag seine Arbeiten bis Weihnachten beenden könne, scheine völlig unbegründet. „Es stehen außer der Etatsberathung, die kaum in den sieben Wochen von Ende Oktober bis zu den Weihnachtsferien beendet werden kann, eingehende Debatten über die Kolonialpolitik, über die Lebensmittelzölle, wahrscheinlich auch über militärische Fragen bevor. Die Verhandlung über das Sozialistengesetz wird in allen Fällen, gleichviel, was die Regierung vorschlagen mag, eine umfangreiche werden; und auch die Bankfrage wird sich nicht über das Knie brechen lassen, wie sich schon daraus ergiebt, daß die Regierung in derselben bis zu diesem Augenblick noch zu keinem Entschluß gekommen ist. Danach erscheinen die Angaben, wonach der Reichstag bereits vor Weihnachten geschlossen werden soll, werthlos.“ — Wenn Fürst Bismarck es ernstlich will, werden die Nationalliberalen auch schon bis Weihnachten alles bewilligt haben.

— Zur Frage des Sozialistengesetzes. Die „Nationalzeitung“ ist entsetzt über den Vorschlag der „Kons. Korresp.“, die Verlängerung des Sozialistengesetzes zur Wahlfrage zu machen. „Ob das bisherige Gesetz“, schreibt das nationalliberale Blatt, „auf die Länge der Zeit neben den beabsichtigten Wirkungen auch schädliche Folgen gehabt hat, und ob diese Folgen durch andere Maßregeln gegen die sozialdemokratische Agitation ausgeschlossen werden können, das sind Fragen, die nur im Reichstag, nicht durch die Wähler zu entscheiden sind. Wirft man sie in die Wahlen, so läuft man Gefahr, Verwirrung in den Reihen der prinzipiell zur Niederhaltung der sozialrevolutionären Bestrebungen entschlossenen Parteien zu stiften.“ Versteht sich, die Wähler dürfen nicht beunruhigt werden durch solche Fragen. Die dürfen nur wählen und müssen wie die Schäflein vor „Verwirrung“ behütet werden. Das ist echt nationalliberale Logik. — „Daß das Sozialistengesetz (am 10. Mai 1884) auch angenommen worden wäre, wenn diejenigen 26 Mitglieder der freisinnigen Partei, welche damals anwesend waren und für die Verlängerung des Gesetzes stimmten, gegen dieselbe gestimmt hätten, haben wir nicht behauptet.“ Also schreibt die „Freis. Ztg.“ in ihrer Nummer vom 26. d. M. Zwei Tage vorher hatte das Blatt geschrieben: „Bei keiner Abstimmung über das Sozialistengesetz kann der Nachweis geführt werden, daß bei der Anwesenheit sämmtlicher freisinnigen Abgeordneten und deren Abstimmung gegen das Gesetz das Ergebniß der Abstimmung ein anderes gewesen sein würde.“ Das genügt zur Kennzeichnung des Charakters der „Freis. Ztg.“

— Ueber neue kolonialpolitische Forderungen, welche an den nächsten Reichstag herantreten werden, machen die offiziösen „Berl. Polit. Nachr.“ einige Angaben. Zuerst bestätigt das offiziöse Organ, daß für Südwestafrika eine Ausgabenerhöhung im nächsten Etat in Aussicht genommen ist, während für Kamerun und Togo Mehrforderungen nicht zu erheben seien. Für Ostafrika soll für 1890/91 der außerordentliche Kredit wieder in Form eines besonderen Gesetzes beantragt werden. Das offiziöse Organ fügt hinzu, daß in Ostafrika Angesichts der dortigen Zustände von Ausnahmenmaßregeln noch nicht abgesehen werden könne.

— Wie kostspielig die Verwaltung der Berufsgenossenschaften ist, zeigt wieder nachfolgender Fall. Auf dem jetzt in Braunschweig tagenden Verbandstag der Lohnfuhrunternehmer wurde beschlossen, gegen den in Berlin seinen Sitz habenden Vorstand der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft, welcher im vorigen Jahre 86,000 Mk. an Entschädigungen ausbezahlt und an Verwaltungskosten 126,000 Mk. verbraucht hat, bei der Staatsanwaltschaft vorzugehen und seine Amtsentheben durch das Reichsversicherungsamt zu fordern.

— Die deutschen „Kulturträger“ in Afrika. Ueber die Gründe der Zerstörung Saadanis durch den Reichshauptmann Wißmann am 6. Juni d. J. theilt die offiziöse „Straßb. Post“ aus dem Tagebuche eines Offiziers der Wißmann-Truppe Folgendes mit: „Saadani wurde wegen des fortgesetzt feindlichen Verhaltens seiner Bewohner, sowie wegen der störrigen Widersetzlichkeit seines ehemaligen Wali (vom Sultan eingesetzter Bezirkschef), Bana Heri, zerstört. Dazu kamen handelspolitische Gründe. Die große von den Seen kommende Karawanenstraße theilt sich nahe der Westgrenze des deutschen Schutzgebietes; ein Weg mündet bei Bagamoyo, der andere bei Saadani. Diese Trennung brachte mancherlei Unzuträglichkeiten mit sich, vor Allem wurde die Zollerhebung dadurch erschwert. Da ferner Bagamoyo, das Hauptquartier, durch Saadani in seinem Handel wesentlich beeinträchtigt wurde, Hauptmann Wißmann aber den Handel des Schutzgebietes möglichst in Bagamoyo vereinigen wollte, so beschloß er, Saadani zu zerstören, seinen Wiederaufbau nach Möglichkeit zu verhindern, es also aus der Reihe der wichtigen Handelsplätze zu streichen.“ In einer nachträglichen Bemerkung wird alsdann noch Folgendes hinzugefügt: „In kurzer Zeit waren die niedergebrannten Lehmhütten wieder errichtet, ein zweiter Angriff wurde nothwendig, Saadani wurde zum zweiten Male zerstört. Aber die Bevölkerung Ost-Afrikas ist zäh, in diesen Tagen steht die dritte Erstürmung bevor.“ — — —

— Die Kandidatur für den Reichstagswahlkreis Sorau-Forst ist nachträglich seitens Max Schippel's abgelehnt worden. Schippel wird nur in Chemnitz kandidiren.

— Bei der Landtagswahl in Flensburg wurde der Stadtverordnete Bunzen-Flensburg (freikonservativ) mit 225 Stimmen einstimmig gewählt.

— Eine ähnliche Erklärung wie die des Abg. Bebel hat nunmehr auch Wilhelm Liebknecht betreffs des Artikels der „Kreuzztg.“: „Ein sozialdemokratischer Antimarxist,“ welcher sich mit einem in der „Volksbibliothek“ veröffentlichten Artikel Max Schlesingers beschäftigt, im „Berliner Volksbl.“ veröffentlicht.

— Geheimbundsprozesse. Wir theilten bereits mit, daß ein rheinisch westfälischer Geheimbundsprozeß in Aussicht steht. Nun ist noch ein weiterer Geheimbundsprozeß in Sicht, und zwar in Posen. Dort sind während der Enthüllung des Kriegerdenkmals polnische sozialistische Flugblätter zur Vertheilung gelangt, und haben auch Haussuchungen stattgefunden. Einer der Betheiligten hat sich seiner ihm drohenden Verhaftung durch die Flucht entzogen. — Wie der „Hamb. Korr.“ meldet, setzte im Elber-

Landesbibliothek Oldenburg

felder Sozialistenprozeß das Kölner Oberlandesgericht auf die Beschwerde des Elberfelder Staatsanwalts von 78 durch Gerichtsbeschluß außer Verfolgung gesetzten Angeklagten 30 wieder in Anklagezustand und dehnte die Anklage auf die Person Bebels aus. Der Prozeß kommt voraussichtlich im Dezember zur Verhandlung.

— Der kleine Belagerungszustand ist für Stettin nicht wieder verlängert worden. Derselbe bleibt also nur noch für Berlin, Hamburg-Altona, Leipzig, Frankfurt und Offenbach bestehen. Die offiziöse Erklärung lautet: „Die Erklärung für den Vorzug (sic!), welchen Stettin genießt, liegt darin, daß hier ebenso wie s. Z. in Spremberg neben dem Vorhandensein zahlreicher sozialdemokratischer Elemente doch erst Tumulte und Gewaltakte (sic!) die Veranlassung zur Verhängung der Maßregel waren und daß nur die Befürchtung einer Wiederkehr solcher gewaltsamen Störungen der öffentlichen Ordnung (sic!) die Beibehaltung des Ausnahmezustandes geboten erscheinen ließe." — Wie der Offiziöse bei Stilisirung dieser Erklärung über seine Dialektik und Schlauheit geschmunzelt haben mag.

— Eine sonderbare Begründung. Der Redakteur Teistler vom „Sächs. Wochenbl." in Dresden stand am 26. v. M. zum wiederholten Male vor dem Dresdener Landgericht, angeklagt wegen Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung, die dadurch begangen sein sollte, das das „Sächs. Wochenbl." im Mai dieses Jahres anläßlich eines Streiks in einer Pianofortefabrik in einem Artikel Arbeiter, welche vor Beendigung des Ausstandes die Arbeit aufgenommen hatten, der Feigheit und Fahnenflucht zieh, und sie als Verräther an der gemeinsamen Sache bezeichnete. Das Amtsgericht hatte den Angeklagten wegen des Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung freigesprochen, aber auf erhobene Berufung seitens der Staatsanwaltschaft verurtheilte das Landgericht Teistler zu 3 Monaten Gefängniß, wobei eine frühere Verurtheilung Teistlers zu 6 Wochen Gefängniß wegen Beleidigung eines Fabrikanten mit eingerechnet wurde. Das Gericht nahm an, der Artikel habe nicht nur Beleidigungen gegen die Arbeiter, welche die Arbeit aufgenommen, enthalten, sondern auch Drohungen. Ferner habe für Teistler nicht die geringste Veranlassung vorgelegen, sich an der betreffenden Angelegenheit zu betheiligen, und sein Gebahren sei nur als gewerbsmäßige Hetzerei zu bezeichnen. Da haben wir ja schon die Anwendung des von reaktionärer Seite gemachten Vorschlages, alle unbefugten Einmischer bei Streiks zu bestrafen.

— Wichtiger Entscheid. Die Polizeidirektion zu Potsdam gab der Zahlstelle des dortigen deutschen Tischlerverbandes unter Androhung der Auflösung derselben durch Verfügung vom 21. Februar 1888 auf, binnen acht Wochen ihre staatliche Genehmigung nachzusuchen und den Nachweis hierüber zu führen. Die Zahlstelle, die einen integrirenden Bestandtheil des deutschen Tischlerverbandes in Stuttgart bilde, sei als eine Versicherungsanstalt im Sinne des Gesetzes vom 17. Mai 1853 anzusehen. Nachdem die Zahlstelle mit der gegen die Verfügung gerichteten Beschwerde von dem Regierungspräsidenten zurückgewiesen worden war, beschritt sie den Klageweg. Der Bezirksausschuß zu Potsdam setzte die Verfügung außer Kraft und auf die dritte Berufung der beklagten Polizeidirektion bestätigte der dritte Senat des Oberverwaltungsgerichts die Vorentscheidung mit folgender Begründung: Weder die Entstehungsgeschichte der die Versicherungsanstalten betreffenden Gesetze, noch sonstige Momente bieten einen Anhalt dafür, daß der Gesetzgeber unter Versicherungsanstalten auch solche Anstalten verstanden wissen wollte, welche ihren Mitgliedern zwar im Falle des Eintritts gewisser Ereignisse regelmäßig Unterstützung gewähren, eine Verpflichtung hierzu aber nicht übernehmen. Eine Anstalt ist nur dann als eine Versicherungsanstalt anzusehen, wenn sie sich verpflichtet, ihren Mitgliedern Leistungen zu gewähren. Dies ist aber bei dem hier in Rede stehenden Verbande nicht der Fall und somit ist für denselben die staatliche Genehmigung auf Grund des Gesetzes vom 17. Mai 1853 nicht erforderlich.

— Im Laden der Wittwe des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Kayser ist durch das sächsische Generalkommando allen Soldaten verboten worden, Einkäufe zu machen. Frau Kayser führt ein Wäsche- und Schürzengeschäft, und es haben wohl kaum je Soldaten in ihrem Laden Einkäufe gemacht. Frau Kayser hat aber zugleich in ihrem Laden eine Ausgabestelle für das sozialistische „Sächsische Wochenbl."

— Im Gefängniß zu Verden befindet sich gegenwärtig ein Arbeiter Wilkens, aus Bremen gebürtig, der nach seiner Entlassung wegen Landstreichens und Bettelei der Landes-Polizeibehörde überwiesen wird. Demselben ging neuerdings im Gefängniß die Mittheilung zu, daß ihm aus Amerika eine Erbschaft von 10 000 000 Mk. zugefallen ist.

Osnabrück, 29. Sept. Heute Nachmittag hielt der Reichstagsabgeordnete Meister aus Hannover seinen am vorigen Sonntag vereitelten Vortrag über „Sozialreform und Arbeiterschutzgesetzgebung". Das Lokal war derartig überfüllt, wie wohl kaum je zuvor, und man mußte den Eindruck gewinnen, als habe die Polizei durch ihr rigoroses Vorgehen am vorigen Sonntag die diesmalige große Zuhörermenge veranlaßt. Der Redner bemängelte in dem Altersversicherungsgesetze die zu niedrig bemessene und zu spät in Kraft tretende Alterörente, betonte, daß das Unfallversicherungsgesetz die auf dasselbe gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt habe, indem den Arbeitern der Anspruch auf Unterstützung erschwert werde und die Verwaltungskosten höhere seien als die Summe der gezahlten Unterstützungen. Das Reichsversicherungsamt will der Redner in seinem jetzigen Bestande erhalten wissen. Er verlangte ferner ein Arbeiterschutzgesetz, Normalarbeitstag, Sonntagsruhe, Beschränkung der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren, Ausschluß der Frauenarbeit aus gewissen Betrieben, Verbot der Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter, gleiche Bezahlung der Frauenarbeit, Betheiligung der Arbeiter an der Wahl der Fabrikinspektoren und ausgedehnteste Koalitionsfreiheit der Arbeiter. Nach Beendigung seines zweistündigen Vortrages wurde dem Redner durch ein brausendes Hoch gedankt.

Holland.

— Der Streik der Dockarbeiter in Rotterdam, schreibt man der „Weser-Ztg.", hat seinen ununterbrochenen Fortgang genommen. Die Zahl der Streikenden beträgt jetzt etwa 7000, der Ausstand kommt also demjenigen in London nicht gleich. Die Arbeitseinstellung scheint lediglich durch sozialistische Einflüsse erfolgt zu sein. Es besteht jedoch eine Strömung unter den Arbeitern, die von den sozialistischen Agitatoren nichts wissen will, eine Versammlung der Streikenden beschloß sogar, die Sozialisten auszuschließen. Nichtsdestoweniger scheinen die letzteren die Oberhand zu behalten. Mehrfach wird gemeldet, daß ein sozialistischer Führer aus dem Haag, ein gewisser Asdonk, die ganze Bewegung leite. Unruhen sind bis heute nicht wieder vorgekommen. Mehrere Versammlungen sind in größter Ordnung verlaufen. Von England her ist den Arbeitgebern Hülfe angeboten, die englischen Rheder erboten sich, ihre Leute herüber zu senden, damit die Ladung und Löschung ihrer Dampfer in Rotterdam keinen Aufenthalt erlitte, allein die Rotterdamer Gesellschaft lehnte dieses Anerbieten ab, um Konflikte zwischen den Arbeitern zu verhüten. Aber auch die Streikenden erhalten von den englischen Arbeitern einen Rückhalt. Nach einer Mittheilung des „Maasbode" hat Burns, der Leiter des jüngsten Streiks der Londoner Dockarbeiter, 3000 Gulden für die hiesigen Streikenden gesandt. Zwischen den beiden Parteien schweben Verhandlungen, während welchen jedoch die Arbeit ruht. Von einem Erfolge der Konferenzen verlautet jedoch noch nichts.

Frankreich.

Paris. Die Zahl der Besucher der Ausstellung betrug bis zum 15. August 14 486 741, während die Zahl für den gleichen Zeitraum im Jahre 1878 nur 7 300 854 beträgt. Der Besuch des Eiffelthurmes ist bis zu dem angegebenen Zeitpunkte so rege gewesen, daß der Unternehmer von den Besuchern allein ca. 4 Mill. Franken vereinnahmte. Die Ausführung des Thurmes erforderte einen Aufwand von 6 Millionen; hiervon vergütete die Stadt Paris einen Theil, wogegen der Thurm nach Ablauf der Konzessionszeit von 20 Jahren dieser eigenthümlich gehören wird.

— Der General Faidherbe, im deutsch-französischen Kriege Kommandant der Loire-Armee, ist gestorben. Die Regierung beschloß die Beisetzung der Leiche desselben auf Staatskosten im Invalidenhause.

Der Tarif, das „einzige" Ideal Deutschlands Buchdrucker.

Unter dieser Ueberschrift bringt die Oldenburger „Neue Zeitung" folgenden Artikel:

„Das in Bant erscheinende „Nordd. Volksblatt" brachte in seiner Nummer 110 eine Notiz über die vom 11. bis 14. September in Stettin stattgefundenen Verhandlungen der Tarifkommission für Deutschlands Buchdrucker und knüpfte daran die Bemerkung: „Der Tarif scheint das einzige Ideal zu sein, um das die Begeisterung von Deutschlands Buchdruckern sich bewegt." Wenngleich diese Worte noch so harmlos klingen, so hört man doch deutlich aus ihnen die Stimme eines an der „Genügsamkeit" der Buchdrucker Verzweifelnden, der ihnen — nämlich den Buchdruckergehülfen — so herzlich gern noch ein anderes „Ideal" zu eigen machen möchte.

Zum besseren Verständniß der Leser dieser Zeitung wollen wir kurz bemerken, daß besagte Tarifkommission aus Vertretern der Arbeitgeber einerseits und denen der Arbeitnehmer andererseits besteht, und dieselben auf Antrag der einen oder anderen Partei zeitweilig zusammentreten, um über Abänderungen der zwischen beiden vereinbarten Bestimmungen zu berathen und so die sozialen Verhältnisse des Gewerbes in möglichst friedlicher Weise zu lösen sich bestreben.

Das sozialdemokratische „Nordd. Volksblatt" hat mit seiner Bemerkung den Nagel auf den Kopf getroffen. Wenn es aber glaubt, daß die Buchdruckergehülfen in ihrer Eigenschaft als Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker außer dem Tarif noch eines anderen Ideals bedürftig sind, so ist es auf gewaltigem Irrwege und beweist damit zur Genüge, daß es die Geschichte der mehr als 20-jährigen Thätigkeit dieses Vereins, auf welche seine Mitglieder mit stolzer Befriedigung zurückblicken, noch zu wenig kennt.

Der Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker, welcher fast sämmtliche Berufsgenossen Deutschlands zu seinen Mitgliedern zählt, (? Die Red. des „Nordd. Volksbl.") ist ein Gewerkverein, und hat als solcher auf sein Banner geschrieben: Die Hebung des Gewerks und die Unterstützung seiner Mitglieder in allen Lebenslagen. Gegründet mit dieser Devise hat sich der Verein

---

15)

Irrungen.

Kriminalnovelle von G. Struder.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Beim Eintreten in das Haus des Bürgermeisters begrüßte Springer der Polizeidiener, von dem er seiner Zeit verhaftet worden war, mit tiefem Respekte und geleitete ihn nach oben. Auf dem nach alter Sitte sehr breiten Gange im ersten Stockwerke angelangt, tönte Springer aus einem der Zimmer eine Stimme entgegen, die ihm bekannt vorkam und gleich darauf erkannte er deutlich, daß dieselbe keinem andern als Herrn von Dürenstein angehörte. Sollte derselbe ebenfalls zu der kleinen Soirée eingeladen sein! Der Gedanke war ihm im höchsten Grade unangenehm, aber eine Umkehr war nicht mehr möglich. Denn schon öffnete der Bürgermeister in eigener Person die Thüre zu dem hell erleuchteten Speisezimmer und reichte seinem Gaste die Hand, wobei er ihn mit freundlichen Worten ersuchte, einzutreten.

Das erste, was Springer in die Augen fiel, war in der That Herr von Dürenstein, der Hedwig gegenüber saß und sich in lebhafter Weise mit ihr unterhielt. Ein peinliches Gefühl durchzuckte den jungen Mann, als er diese Scene bemerkte, es war ihm ungefähr zu Muthe, als hätte ein fremder Eindringling den Platz eingenommen, der ihm von Rechtswegen gebührte. Doch die finstere Wolke, die auf seinem Gesichte sich zeigte, verschwand sofort, als Hedwig, sowie sie ihn bemerkte, aufsprang und ohne an ihren Gesellschafter sich weiter zu kehren, ihm entgegeneilte. Ihr liebliches Antlitz verrieth eine so aufrichtige Freude über sein Erscheinen und sie reichte ihm mit einer so ungekünstelten Herzlichkeit die Hand, daß Springer's Augen strahlten vor Glück über diesen Empfang.

Mit unverhohlenem Neide blickte inzwischen von Dürenstein auf die beiden Menschen, welche so vertraulich und ohne von ihm irgendwelche Notiz zu nehmen, sich unterhielten, und ein gehässiger, boshafter Zug erschien auf seinem Gesichte. Er erhob sich von seinem Stuhle und zu dem Hausherrn tretend sagte er so laut, daß alle Anwesenden es hören mußten:

„Meine Gegenwart scheint hier störend zu sein, Herr Bürgermeister, ich werde mich daher entfernen. Vielleicht ist es mir gestattet, mich bei einer anderen und passenderen Gelegenheit nach Ihrem und des gnädigen Fräuleins Befinden erkundigen zu dürfen, wobei ich alsdann werde hoffen dürfen, wenigstens mit derselben Aufmerksamkeit behandelt zu werden, wie ein fremder Handlungsreisender."

„Sie wollen uns schon verlassen, Herr Baron!" rief der Bürgermeister unangenehm überrascht aus. „Soeben noch versprachen Sie mir, an unserem bescheidenen Mahle theilzunehmen, die Gegenwart des Herrn Springer aber wird Sie doch wohl nicht dazu bestimmen, Ihrem Versprechen untreu zu werden. Herr Springer ist ein sehr angenehmer Gesellschafter, der sich gewiß sehr freuen wird, die Ehre Ihrer Bekanntschaft zu machen."

„Diese Ehre ist mir bereits zu theil geworden, mein verehrter Herr Bürgermeister," versetzte Springer ironisch, „ich habe Herrn von Dürenstein vor einigen Tagen als einen äußerst taktvollen Herrn persönlich kennen und schätzen gelernt. Es würde mich ungemein schmerzen, wenn derselbe meinetwegen die Gesellschaft ihrem Schicksale überlassen wollte, aber obwohl es ein Beweis der höchsten Aufmerksamkeit und Höflichkeit meinerseits wäre, wenn ich, um ihn zum Bleiben zu bewegen, mich sofort wieder entfernte, so gestehe ich dennoch zu meiner Schande, daß ich es vorziehe, meinen Platz so lange zu behaupten, bis Sie oder Fräulein Hedwig mir befehlen, denselben zu räumen."

„Sparen Sie Ihre Worte, Herr," bemerkte von Dürenstein arrogant. „Ich streite mich nicht weiter mit Ihnen, denn ich weiß, daß ich an Dreistigkeit Ihnen bedeutend nachstehe . . ."

„Und trotzdem heißen Sie Herr von Dürenstein," fiel Springer ihm in die Rede.

„Wie meinen Sie das, Herr?" frug der Erstere, der — wahrscheinlich vor Zorn — merklich blasser wurde.

„Nun, ich meine nur, daß es mir sonderbar vorkommt, daß Sie sich des Mangels an Dreistigkeit rühmen und doch Herr von Dürenstein heißen wollen oder auch, daß Sie sich Herr von Dürenstein nennen und dennoch keine Dreistigkeit zu besitzen behaupten. Soll ich noch deutlicher reden?"

„Ich verzichte darauf, auf Ihre Albernheiten etwas zu erwidern," entgegnete Herr von Dürenstein, der vollständig die Farbe verändert hatte, mit merklich zitternder Stimme, worauf er, zu dem Bürgermeister und seiner Tochter gewendet, fortfuhr: „Sie werden begreifen, daß nach der soeben stattgefundenen Scene für einen Mann von meinem Stande jede Möglichkeit ausgeschlossen ist, noch länger mit diesem Herrn in einem Zimmer zu bleiben. Für die liebenswürdige Aufnahme in diesem Hause meinen verbindlichsten Dank; nochmals zu Ihnen zurückkehren zu dürfen, werde ich mir zur Ehre anrechnen."

Mit einer tiefen Verbeugung vor Hedwig entfernte er sich darauf, ohne Springer nur mit einer Bewegung zu grüßen, und schritt, von dem Bürgermeister begleitet, die Treppe hinunter.

„Sie scheinen sich mit Herrn von Dürenstein früher bereits verfeindet zu haben," sagte Hedwig, „denn sonst wäre es mir unerklärlich, daß Sie in dieser Weise gegen denselben auftreten konnten. Mir gegenüber hat er sich als einen recht artigen und angenehmen Gesellschafter bewiesen."

„Fräulein Haubrecht," erwiderte Springer ernst, „ich kann Ihnen nur anempfehlen, hüten Sie sich vor diesem Manne, denn er ist nicht das, was er scheint. Zum ersten Male in meinem Leben habe ich ihn gesehen, als ich bei dem Baron mich befand, aber ich wußte schon vorher, daß derselbe eine Rolle spielen will, welche ihm nicht zukommt.

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

fern von jeder politischen Parteiströmung, zur felsenfesten Organisation emporgearbeitet, und inmitten seiner Bestrebungen steht stolz die Frucht derselben: Der zwischen Kapital und Arbeit gemeinschaftlich vereinbarte Tarif, um welchen sich die Berufsgenossen schaaren als um ihr einziges „Ideal"! Giebt es etwa noch edlere Bestrebungen einer Arbeiter-Korporation, als diejenigen, für ihre soziale Wohlfahrt zu sorgen und ihre ganze Kraft diesen zu widmen? Keineswegs! Wer wäre noch so thöricht, einem Gewerkverein zuzumuthen, in sein Programm etwa die bittere Politik aufzunehmen! Da in einem solchen Vereine alle politischen Parteien vertreten sind, so ist es schon selbstverständlich, daß Politik ferngehalten wird und solche dem Einzelnen nach eigener Ueberzeugung als Staatsbürger zu treiben überlassen bleibt, wenn anders der Verein seinen Mitgliedern gegenüber gerecht werden will. Daß der Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker dies längst erkannt hat, beweist seine langjährige Existenz und sein segensreiches Wirken, trotz mancherlei Schwierigkeiten, die ihm in den Weg gelegt wurden; er ist sich völlig klar darüber, daß er ohne Politik seine jetzige Bedeutung erlangt hat und daß er ohne diese sein Ziel eher erreicht, als mit derselben! Die Fach- und ähnlichen Vereine aber, welche sich oft willenlos den Parteien zu Diensten stellen und dadurch in ihren internen Angelegenheiten lahm gelegt werden, sollten sich daran ein Beispiel nehmen, denn Niemand kann zween Herren dienen!

Dem „Nordd. Volksbl." wollen wir zum Schluß noch bemerken, daß der Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker mit seinen gewerkvereinlichen Bestrebungen auf der bisherigen Bahn, unbekümmert um jede Polik, fortschreiten wird, und daß alle einflußreichen Bemühungen, woher sie auch kommen mögen, ob konservativ, ob sozialdemokratisch, schadlos von ihm abprallen werden, wie s. Z. die Kanonenkugeln von der Festung Krim, denn: Der Tarif ist das einzige Ideal Deutschlands Buchdrucker!" D.

Wir können dem Verfasser des Artikels mit wenigen Worten unsern Standpunkt klarlegen. Zunächst bemerken wir, daß wir mit der Geschichte des Unterstützungsvereins Deutscher Buchdrucker hinlänglich bekannt sind, um zu wissen, daß sich derselbe keineswegs in der Weise entwickelt hat, daß ihm die Bezeichnung einer „felsenfesten Organisation" zukäme. Es hat einst eine Zeit gegeben, in der der Unterstützungsverein einen bestimmenden Einfluß auf die Gesammtlage der Buchdrucker Deutschlands ausübte, diese Zeit ist längst vorüber und heute präsentirt sich als Resultat der krebsartigen Entwickelung lediglich eine morsche Ruine der ehemals „felsenfesten Organisation". Der Unterstützungsverein ist heute nicht mehr im Stande, irgend welchen nennenswerthen Einfluß auf die Lage des Buchdruckergewerbes auszuüben. Von Jahr zu Jahr vergrößert sich das Heer der Arbeitslosen, wächst die Reservearmee der Unterstützung Verlangenden. Da ist das, was wir in der erwähnten Notiz andeuteten: Verkürzung der Arbeitszeit und Abschaffung des Berechnens, doch die zunächst liegende Nothwendigkeit, um dadurch dem Heer der Arbeitslosen den Eintritt in ein geordnetes Arbeitsverhältniß zu ermöglichen. Was an diesen Forderungen „sozialdemokratisch" ist, kann uns der geehrte Verfasser obigen Artikels wohl selbst nicht angeben. Uns schwebt als Ideal auch eines nicht sozialdemokratischen Gewerkvereins das Bestreben vor, eine gesunde Regelung der gewerblichen Verhältnisse zu schaffen, um dadurch die soziale Wohlfahrt der Mitglieder zu fördern. Dies bewirkt man aber nicht, indem man lediglich den „Tarif" in die Höhe schraubt, der dann von der Mehrzahl der deutschen Buchdruckereien nicht bezahlt wird, sondern indem man dahin strebt, die Arbeitszeit entsprechend den im Gewerbe vorhandenen Arbeitskräften zu regeln und den Werth der Arbeit angemessen zu steigern. Da die Akkordarbeit jedoch nachweislich den Werth der Arbeit herabdrückt, so muß das Bestreben eines Gewerkvereins zunächst darauf gerichtet sein, dieselbe abzuschaffen. Ist der Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker thatsächlich die „felsenfeste Organisation", als welche der geehrte Artikelschreiber denselben hinstellt, dann müßte es ihm ein Leichtes sein, diese von allen anderen Gewerkvereinen mit aller Energie verfochtenen Forderungen durchzusetzen. „Sozialdemokratisch" würde der Unterstützungsverein damit noch lange nicht, aber er würde wenigstens zeigen, daß er einigermaßen auf der Höhe der Zeit steht, seine Aufgabe so ziemlich begriffen hat und wohl auch thatsächlich als Ideal die soziale Wohlfahrt seiner Mitglieder und nicht lediglich den „Tarif" vor Augen hat. Daß die Tarifkommission einen diesbezüglichen Beschluß nicht faßte, zeigt, daß entweder die „felsenfeste Organisation" zur Durchsetzung solcher Forderungen nicht vorhanden ist oder daß die deutschen Buchdrucker, soweit sie den Beschlüssen der Tarifkommission zustimmen, kein Verständniß von den Aufgaben einer modernen Arbeiterorganisation haben.

Gewerkschaftliches.

— An sämmtliche Buchdruckergehülfen Deutschlands! Der Unterzeichnete bringt hiermit folgenden einstimmig gefaßten Beschluß der am 20. September stattgehabten gutbesuchten Allgemeinen Versammlung der Leipziger Buchdrucker zur Kenntniß der auswärtigen Druckorte: „Die heutige Allgemeine Versammlung der Leipziger Buchdrucker erklärt die in Stettin vorgenommenen Abänderungen zum Tarife für vollkommen ungenügend, weil sie den Kernpunkt, die Verkürzung der Arbeitszeit bezw. die Unterbringung der Arbeitslosen, nicht berühren, vielmehr durch Festsetzung dieses Tarifs auf zwei Jahre die Gehilfenschaft wesentlich schädigen, und fordert die übrigen Druckstädte auf, sich dieser Erklärung anzuschließen. Kommission für Tarifangelegenheiten Leipzig 8. Aug. Enders, Vorsitzender.

— An die Steindrucker! Nürnberg, im September 1889. Werthe Kollegen, wir haben in der Kunstanstalt von Meerwald u. Toberer wegen eines Streikbrechers die Arbeit niedergelegt. Seid eingedenk der Devise: „Einer für Alle, Alle für Einen." Haltet Zuzug fern, um uns den Sieg zu sichern. Im Auftrage der Kollegen: Jakob Pauß, Steindrucker.

Korrespondenzen.

Elmshorn, 24. Sept. Eine öffentliche Schuhmacherversammlung wurde gestern Abend hierselbst aufgelöst. Dem überwachenden Beamten, welcher nicht zulassen wollte, das Punkte, welche nicht als zur Tagesordnung gehörig angemeldet, zur Erörterung kamen, wurde von Herrn Klüß entgegen getreten, da das Gesetz eine derartige Beschränkung nicht gestatte. Es ist möglich, daß der Herr Bürgermeister sich in seiner Autorität gekränkt fühlte, weshalb die Auflösung erfolgte. Als Herr Klüß ihn fragte, auf Grund welchen Gesetzes die Auflösung geschehe, war er in eine üble Kalamität gedrängt, indem er das nicht anzugeben vermochte. Der Arbeiter lernt aber immer besser erkennen, in welcher Weise seine Interessen hinten angesetzt werden, und so wirkt denn auch ein solches Vorgehen lediglich einigend und kräftigend auf die Arbeiter.

Aachen, 1. Oktober. Hier hat sich ein „Fachverein der Weber" von Aachen und Burtscheid gebildet. Wie ich schon einmal berichtete, besteht hier schon länger ein „Weberverein" mit religiöser Tendenz. Derselbe nennt sich „katholischer Weberverein" und nimmt keine Protestanten auf. Da dieser Verein absolut keinen praktischen Zweck hat, so werden die Weber jedenfalls gut thun, sich dem Fachverein anzuschließen, der unter Ausschluß von Religion und Politik in seinen Versammlungen bestrebt ist, das geistige und materielle Wohl seiner Mitglieder in jeder Weise zu fördern. Sobald die Mittel des Vereins es gestatten, wird eine gute Bibliothek zur Benutzung für die Mitglieder beschafft werden. Belehrende Vorträge in den Versammlungen werden gleichfalls den Mitgliedern geboten. Ferner ist die Unterstützung bedürftiger arbeitsloser Kollegen in Aussicht genommen. Gewiß wird der Verein eine rege und erfolgreiche Wirksamkeit im Interesse der hiesigen Weber entfalten können, wenn recht viele Mitglieder demselben beitreten. Möge daher jeder denkende Kollege dafür eintreten, daß die Mitgliederzahl sich stetig steigert.

Aus Stadt und Land.

Bant, 1. Oktober. Am Donnerstag, den 3. d. M., findet die Monatsversammlung des Bürgervereins Bant statt und wird in derselben betreffs der bevorstehenden Gemeinderathswahl berathen werden. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung machen wir noch an dieser Stelle auf die Versammlung aufmerksam, zu recht zahlreichem Besuch derselbe ermahnend.

Bant, 1. Oktober. Nunmehr ist die Errichtung einer Eisenbahn-Haltestelle hier am Orte beschlossene Sache, und zwar wird dieselbe Mitte oder Ende dieses Monats (15. oder 29. Oktober) eröffnet werden, sobald der Bremer Zentral-Bahnhof fertig gestellt sein wird und eine entsprechende Aenderung des Fahrplans eintritt.

Bant, 27. September. **15½** resp. 18stündige Arbeitszeit. Dem „Gemeinnützigen" geht folgendes „Eingesandt" zu:

„Seit einiger Zeit wird in den Kreisen der Ziegelarbeiter lebhaft die Frage erörtert, wie sich die Abkürzung der Arbeitszeit, welche jetzt in der Regel von Morgens 3 Uhr bis Abends 9 Uhr dauert, herbeiführen lasse. Daß bei der schweren Arbeit eine nur fünfstündige nächtliche Ruhe ungenügend ist, wird allseitig anerkannt.

Die unterzeichneten Ziegelmeister von Rastede und Umgegend waren zur Besprechung dieser Angelegenheit am heutigen Tage zusammengetreten.

Zur Erreichung der Absicht, die Arbeitszeit abzukürzen, wurde als unbedingt nothwendig erachtet, daß in dem Vertrage, welchen der Ziegelherr mit dem Ziegelmeister abschließt, die tägliche Arbeitszeit festgesetzt werde. Die Unterzeichneten sind der Ansicht, daß diese Arbeitszeit auf die Zeit von Morgens 4 Uhr bis Abends 8 Uhr festzusetzen ist, mit 2½stündigen Pausen für die Frühstück-, Mittag- und Vesperzeit. Die Herren Ziegeleibesitzer sollen ersucht werden, diese Bestimmung in den Arbeitsvertrag mit aufzunehmen.

Die Unterzeichneten sind überzeugt, daß bei einer so abgekürzten Arbeitszeit dasselbe Quantum Steine hergestellt werden wird, als bisher, da die Leute bei gehöriger nächtlicher Ruhe jedenfalls leistungsfähiger sind, wie bisher.

Hierdurch würde auch der in letzter Zeit mehrfach vorgekommene Fall vermieden, daß Ziegelmeister wegen Beschäftigung jugendlicher Arbeiter über die für diese gesetzlich vorgeschriebene Arbeitszeit hinaus in Ungelegenheiten gerathen.

Wir bitten die Herren Ziegeleibesitzer, uns bei diesen unseren Bestrebungen behülflich zu sein und mit uns Hand in Hand zu gehen.

Empfindliche Verluste haben die Ziegler fast in jedem Jahre durch das Erfrieren der Steine zu erleiden, da sie von den Ziegeleibesitzern Bezahlung nur für die fehlerfrei hergestellte Waare erhalten. Da es nun sowohl im Interesse des Ziegelherrn wie der Ziegelarbeiter liegt, daß die Arbeitsperiode frühzeitig im Jahre beginnt, um ein möglichst großes Quantum Steine fertig zu stellen, so trägt in vielen Gegenden der Ziegelherr einen Theil des durch Frost verursachten Verlustes.

Die Unterzeichneten hoffen, daß auch in diesem Punkte die Herren Ziegeleibesitzer den Arbeitern entgegenkommen werden.

Rastede, den 15. September 1889.

Heinr. Hallerberg. Ludwig Otto. Fritz Beeke.
Conrad Dreier. Joobst Büker. Friedrich Mesch.
Simon Hagemeister. Heinr. Plöger."

Also 15½ resp. 18 Stunden Arbeitszeit. Schade, daß nicht bemerkt ist, welchen jämmerlichen Lohn die Arbeiter für diese unmenschlich lange Arbeitszeit erhalten. Und wie bescheiden sind die Herren Ziegelmeister, daß sie nur 2 Stunden abgelassen wissen wollen und ferner, was eigentlich selbstverständlich sein sollte, erst darum ersuchen, daß der Ziegeleibesitzer etwaige ohne Verschulden der Arbeiter entstandene Verluste — theilweise trägt. Solche Verluste hat der Unternehmer nach vernünftigen Anschauungen ganz zu tragen, denn in seinem Interesse wird die Saison so früh begonnen, daß Verluste durch Frost unvermeidlich sind; er sackt den Profit für die mehrfabrizirte Waare ein und dann soll schließlich der Arbeiter das Risiko tragen.

Wilhelmshaven, 1. Oktober. Am Sonntag eröffnete Herr Direktor de Nolte mit seiner Gesellschaft im Kaisersaal die Theatersaison. Gustav v. Moser's „Salontyroler", mit dem die Gesellschaft sich einführte, wurde von dem voll besetzten Hause recht beifällig aufgenommen. Gespielt wurde ganz vorzüglich. Herr Direktor de Nolte als Kaufmann Bredo und Frl. Dietz als dessen Tochter Marianne zeichneten sich besonders aus und fanden bei ihren Mitspielenden wirksame Unterstützung. Das Publikum kargte denn auch nicht mit seinem Beifall. Heute, Dienstag, kommt die „wilde Jagd" von Ludwig Fulda zur Aufführung.

Wilhelmshaven, 1. Oktober. Gestern Abend hielt der Astronom Sophus Tomholt den zweiten seiner populär-astronomischen Vorträge im Kaisersaal vor einem reich besetzten Auditorium. Der Vortragende gab zunächst ein Bild von der Beschaffenheit, Größe und Entfernung der Sonne, durch Vergleiche und Beispiele die ungeheuren Verhältnisse der Größe und Entfernung veranschaulichend. In der Sonne, wenn dieselbe eine Hohlkugel wäre, fänden 1½ Millionen Erdkugeln Raum. Sie ist so weit von der Erde entfernt, daß ein Schnellzug 300 Jahre gebrauchen würde, um von der Erde nach der Sonne zu gelangen. Der Vortragende erläuterte dann die Vorgänge auf dem Sonnenball und den Einfluß der Sonne auf die Erde und schloß den ersten Theil seines Vortrages mit einer Darstellung der Sonnenfinsternisse und der dieselben begleitenden Erscheinungen. Nach einer Pause von 10 Minuten folgte dann eine Betrachtung der Chromosphäre ꝛc. und deren durch die Spektralanalyse festgestellte Beschaffenheit, sowie eine Darlegung des Baues der Sonne, der Temperatur auf derselben u. s. w. Eine große Anzahl prächtiger Lichtbilder ergänzte den Vortrag, der auch dem weniger gebildeten Laien ein klares Bild gab von dem licht- und wärmespendenden Weltkörper, dem unsere Erde als Trabant dient. Der Vortragende erntete am Schluß reichen Beifall.

Wilhelmshaven, 30. Sept. Ein Hamburger Konsortium gedenkt eine Küstenschleppschiffahrt von Hamburg ausgehend nach Bremerhaven, Wilhelmshaven, Varel ꝛc. bis Papenburg zu errichten. Den Hamburger Kaufleuten wird dadurch Gelegenheit geboten, ihre Waaren leicht und billig auf dem Wasserwege nach den genannten Orten zu befördern. Den Bremer Kaufleuten, welche mit den betreffenden Plätzen in Geschäftsverbindung stehen, erwächst dadurch eine gefährliche Konkurrenz und wird in der „Weser Ztg." angeregt, ob es nicht ermöglicht werden könnte, in Bremen ebenfalls eine Linie einzurichten, vielleicht von dem Lloyd, Hansagesellschaft oder Neptun, und zwar von Bremen ausgehend, vielleicht Elsfleth, Brake, Bremerhaven, Wilhelmshaven, Varel ꝛc. bis Papenburg anlaufend. Hinfracht wird genügend vorhanden sein, da Bremen nach diesen Plätzen ziemliche Geschäfte abschließt. Die Rückfracht dürfte denklich auch gedeckt sein, durch Getreide, Häringe, Kohlen ꝛc.

Oldenburg, 27. September. Sitzung der Strafkammer. Erster Punkt war die Verhandlung gegen den Polizeidiener Fimmen. Die Ursache der Anklage ist ungefähr nachfolgende: Fimmen verhaftete am 16. April d. J. den Klempnergesellen Spalthoff in der Hagenschen Gastwirthschaft, Kurwickstraße, dieser widersetzte sich und schlug hierbei Fimmen sowohl wie den Kanonier Bödecker, welcher in genannter Wirthschaft anwesend war. Hierauf unternahmen Beide den Transport des Verhafteten nach dem Rathhaus. Hier angekommen, fiel der Verhaftete in dem Wachtzimmer zu Boden, in welcher Situation er von Fimmen mit Fußtritten behandelt wurde und schlug diesen, als ihm die Hände bereits auf den Rücken geschlossen, in's Gesicht, daß er blutete. Von den Polizeidienern Meyer II und Löhmann ist der Thatbestand eingeräumt, auch, daß der Arrestant zu der Ausschreitung keine Veranlassung gegeben hat, und nur behauptete, daß Arrestanten nicht geschlagen werden dürfen. Fimmen wurde dieserhalb eine Geldstrafe von 200 Mark zudiktirt. Nachdem der Gerichtshof sich zurückgezogen und die Oeffentlichkeit wieder hergestellt, wird Fimmen unter Annahme mildernder Umstände in eine Gefängnißstrafe von 1 Monat und in die Kosten des Verfahrens verurtheilt. — Ein weiterer Fall betraf eine Anklage gegen den Arbeiter Joh. Harms Mammen zu Bant, wegen Einbruchs. Der Angeklagte wurde zu 1 Jahr Zuchthaus verurtheilt.

Vermischtes.

Spandau, 28 Sept. Heute Vormittag fand in dem hiesigen Feuerwerkslaboratorium auf dem Eiswerder eine Explosion statt. Im Revisionssaale für Zündhütchenfabrikation fiel ein Kasten mit Zündhütchen herunter und brachte hierdurch ein Menge Zündhütchen zur Explosion. Sechs Arbeiterinnen wurden schwer, ein Meister und ein Feuerwerker weniger schwer und etwa 40 Arbeiterinnen leicht verletzt. Der Fußboden wurde durchgeschlagen, doch ist in dem unteren Saal, der geräumt wurde, niemand verletzt. Sämmtliche Verletzungen wurden mittels Dampfschiff nach dem hiesigen Krankenhause gebracht, wo ihnen schleunigst ärztliche Hülfe zu theil wurde.

Täglich Linienfahrt

zwischen **Eckwarderhörne** und **Nordenham**,
gültig vom 1. Oktober 1888 ab.

Aus Eckwarderhörne . 7.— Morgens.
In Nordenham . . 10.25 „
(Abfahrt des Dampfers nach Bremerhaven 11 Uhr Morgens.)
Aus Nordenham . . 11.— Morgens.
In Eckwarderhörne . 2.30 Nachmitt.
(Abfahrt des Dampfers nach Wilhelmshaven 3 Uhr Nachm.)

Hochwasser.

Bant-Wilhelmshaven.

Mittwoch, den 2. Okt.	Vorm.	5.17	Nachm.	5.46
Donnerstag, den 3. Okt.	„	6.16	„	6.57

Landesbibliothek Oldenburg

Tisch-, Wand- und Hänge-Lampen

empfiehlt in größter Auswahl zu den billigsten Preisen

Wilhelmshaven. **Eduard Buss,** Bismarckstraße 56.

Zur
Herbst- und Winter-Saison
empfehle
Gute haltbare Herren-
und
Knaben-Anzüge
sowie
eleg. Ueberzieher
in sehr schöner neuer Auswahl.

B. H. Bührmann,
Konfektions-Geschäft,
Wilhelmshaven.

Auf Wunsch Anfertigung nach Maaß unter Garantie. D. O.

Zum Ausverkauf
stelle einen großen Posten
Kinderregenmäntel
zu den denkbar billigsten Preisen.

Wilh. Blau,
Neubremen.

Empfehle:
Faß- und Flaschen-Bier
aus der
Dampfbrauerei von Th. Fetköter
in Jever,
in Gebinden von 15 bis 100 Litern.
Feines Lagerbier 33 Fl. 3 Mk.,
Bayrisches Gebräu 27 Fl. 3 Mk.,
Feines böhmisches Gebräu 30 Fl. 3 Mark.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
J. Fangmann, Bismarckstr. 59, 1 Treppe.

Bettfedern
in großer Auswahl,
grau M. 1—1,50, weiß M. 2—3,75 pr. Pfd.,
Daunen in reiner Waare,
Inletts garantirt federdicht,
Bettzeuge in bunt und weiß.
Sämmtliche Leinen & Baumwoll-Waaren
empfiehlt in guten Qualitäten zu billigen Preisen **Wilh. Blau,**
Neubremen.

Zu vermiethen
zum 1. November eine geräumige **Oberwohnung.**
W. Beushausen, Nordstraße.

Zu vermiethen
zum 1. November eine geräumige freundliche **Familienwohnung** mit Keller und Bodenraum.
H. Lückener, Bant,
Adolph- und Annenstraßen-Ecke.

Gutes Logis
für einen anständigen jungen Mann.
Grenzstraße 46, 1 Treppe.

Banter Consum-Verein, e. G., Bant.

Außerordentl. General-Versammlung
Sonntag, 6. Oktober cr.,
Nachmittags 2 Uhr,
im Saale des Herrn Paul Hug, „Zur Arche".

Tages-Ordnung:
1. Statuten-Berathung nach dem neuen Genossenschafts-Gesetz.
2. Beschlußfassung der Genossenschaft über Uebertritt von unbeschränkter auf beschränkter Haftpflicht.
3. Verschiedenes.

Bant, den 30. September 1889. **Der Vorstand.**

Das Neueste in
Buckskin und Kammgarn, Anzug- und Paletot-Stoffen
für Herbst und Winter, ist eingetroffen. — Anfertigung nach Maaß, elegant sitzend. —
— Zuschneider aus der Berliner Schneider-Akademie. —
Größtes Lager fertiger Winter-Ueberzieher, Herren-, Confirmanden- und Knaben-Anzüge, Flanelle und Coitings. Preise billigst.
Hugo Seifert, Roonstraße Nr. 82,
Lieferant des Consum-Vereins Bant.

Die Buchdruckerei von F. Kühn
Bant-Wilhelmshaven, Adolfstraße Nr. 1
empfiehlt sich zur Anfertigung von Druckarbeiten jeder Art
als:

Rechnungen,	Adreßkarten,	Preis-Courants,
Quittungen,	Visitenkarten,	Statuten,
Formulare,	Einladungskarten,	Programme,
Tabellen,	Mitgliedskarten,	Festzeitungen,
Cirkulare,	Couverts,	Plakate
Etiquettes,	Briefbogen,	u. s. w.

Gute und geschmackvolle Ausführung bei angemessenen Preisen.

Wir empfehlen unser sehr feines
helles Lager-Bier
in Flaschen 33 Stück für 3 Mark, in Fässern von 10—100 Liter 21 Mark frei in's Haus,
24 Flaschen **Kaiserbräu** 3 Mk., per Liter 25 Pf.
Brauerei Frisia, Filiale Wilhelmshaven.

Deutscher Handwerker- und Arbeiter-Notiz-Kalender
pro 1890
ist soeben erschienen. Derselbe ist diesmal 20 Bogen stark und enthält: **Kalendarium** mit Geschichtskalender. **Das Wahlgesetz für den deutschen Reichstag** (mit Reglement). **Die wichtigsten Bestimmungen aus den in Deutschland geltenden Vereinsgesetzen. Verzeichniß der im Deutschen Reiche umlaufsfähigen Banknoten. Außer Kours gesetzte Werthzeichen alter Währung,** welche noch eingelöst werden. **Maaß-, Münz-, Gewichts-** und **diverse Berechnungs-Tabellen. Post-** und **Telegraphen-Tarif** für Deutschland und das Ausland. **Auszug aus dem deutschen Patent-Gesetz. Das neue Gesetz, betreffend die Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften. Gesetz, betreffend die Invaliditäts- und Alters-Versicherung. Einnahme-** und **Ausgabe-Tabellen. Schreib-Papier** mit Datum für Tages-Notizen.

Der Kalender wurde wiederum in zwei Qualitäten hergestellt. 1. Qualität brieftaschenartig, (welche sich besonders steigender Beliebtheit erfreut), sehr gut gebunden, mit Gummiband und mehr Schreibpapier wie Sorte 2. Preis 75 Pf. 2. Qualität, einfache Ausgabe, solid ausgestattet, etwas weniger Schreibpapier wie Sorte 1. Preis 50 Pf. Wiederverkäufer erhalten lohnenden Rabatt.

Baldigen belangreichen Bestellungen sehen entgegen. Für pünktliche Lieferung können wir garantiren.
Wörlein & Comp., Nürnberg.

Schöne weiße
Eß-Kartoffeln,
per Centner 2 Mk.,
empfiehlt **F. Laue,** Bant.

Zu vermiethen
auf gleich eine **Stube,** mit oder ohne Möbel, bei
W. Fürst, Bant, Adolphstr.

E. j. Mann m. sch. Handschr. f. Beschäftigung b. besch. Anspr.
Off. u. **A. B. 100** an die Exp. d. Bl.

Zur
Herbst- und Winter-Saison
empfehle
Damen- und Mädchen-Mäntel
in schöner großer Auswahl.
Fortwährend Eingang von Neuheiten.

B. H. Bührmann,
Konfektions-Geschäft,
Wilhelmshaven.

Oefters an mich gerichtete Anfragen veranlassen mich, hierdurch mitzutheilen, daß ich in
Bant am Marktplatz
keine Filiale
errichte, demzufolge dort auch meine Artikel nicht verkauft werden.

B. H. Bührmann,
Konfektions-Geschäft,
Wilhelmshaven.

Empfehle mein reich assortirtes Lager von reingehaltenen **deutschen, französischen, spanischen** u. **portugiesischen**
WEINEN.
Gute Qualitäten in **Rum, Arrac** und **Cognac.** Ich empfehle ferner vorzügliche **Liqueure** und **Branntweine,** besonders empfehle ich einen reinen ungetauften
Korn-Branntwein,
als:
Richtenberger Doppel-Korn, Doornkaat, 1863er Alter Korn, Steinhäger etc. etc.
Paul Hug, Zur Arche.

Im Verlage von J. G. W. Dietz in Stuttgart ist soeben erschienen:
Der
Neue Welt-Kalender
für 1890
Vierzehnter Jahrgang

Inhalt:
Kalendarium. — Rückblick. — Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres (mit Bild). — Mädchen aus dem Volke (Novellette). — Wiedergeboren. Erzählung von R. Schwetschke. — Blau! Gedicht mit Illustration. — Mit Feind Benjamin. Humoreske in pfälzischer Mundart. — Die Verbreitungsmittel der Pflanzen. Von Prof. Dr. R. Dodel-Port. — Sturm am Morgen. Gedicht von Hermann Lingg. — An der rothen Wand. Erzählung von J. C. Maurer. — De neies Schdimmwirle. Sächsische Ballade. — Von der Sonne. Von Oswald Rögler. — Der „verschiedene" Schultheiß (schwäbisch). — Am Fluß. Erzählung von E. Langer. — Ueber den Einfluß des Wassers auf die Gestaltung der Erdoberfläche. Von R. Bommeli. — Joseph Dietzgen (mit Porträt). — Julius Kräcker (mit Porträt). — Osterglocken. Gedicht. — Herz u. Triumph! (Bild.) — Fliegende Blätter (illustr.). — Räthsel, Räthsel 2c. — Post- u. Telegraphen-Nachrichten. — Beigegeben vier Kupfer: Die vier Jahreszeiten. — Ein Wandkalender.

Preis 50 Pfennig.

Zu beziehen durch die Exped. des „Nordd. Volksbl." Sämmtliche Austräger nehmen Bestellungen entgegen.

Zu vermiethen.
Die **Oberwohnung,** Werftstraße 14, ist zum 1. Oktober anderweitig zu vermiethen.
C. Schulz, Maurermeister.

Zu vermiethen
zum 1. November ein **Laden nebst Wohnung.**
Wilh. Schleemilch, Neubremen,
Ecke der Grenz- u. Börsenstr.

Bürgerverein Bant.
Donnerstag, den 3. Oktober cr.,
Abends 8 Uhr:
Monats-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Hebung der Beiträge.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Gemeinderathswahl.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Verantwortlich für Redaktion: Emil Fischer; Druck und Verlag von F. Kühn, Bant-Wilhelmshaven.

Landesbibliothek Oldenburg